

Kursgewinnsteuer: Erste Bank und Sparkassen befürchten Kapitalflucht

[Zurück](#)

25.11.2010

- Umfrage: 51 % der Wertpapierbesitzer überlegen Geld ins Ausland abzuziehen
- Erste-Chefanalyst Mostböck erwartet negative Auswirkungen auf Kapitalmarkt
- Erste Bank Vorstand Uher: „Neue Steuer bringt massive Nachteile für die Kunden“
- Sparkassen-General Ikrath sieht Anschlag auf den Mittelstand und fordert Ausdehnung der Spekulationsfrist

Laut einer aktuellen Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts GfK Austria (n = 500) überlegt fast jeder vierte Österreicher (24%) Anlagealternativen, darunter auch im Ausland, zu suchen, sollte die von der Regierung geplante Kursgewinnsteuer in der angekündigten Form eingeführt werden (siehe Grafik). Besonders hoch ist der Anteil unter den Wertpapierbesitzern: 51 Prozent überlegen Anlagealternativen und mitunter ihr Geld ins Ausland abzuziehen. Rund jeder zehnte Österreicher gibt in der Umfrage an, über Wertpapiere in Form von Aktien, Anleihen oder Fonds zu verfügen. Der Chefanalyst der Erste Group Fritz Mostböck erwartet in der Folge negative Auswirkungen auf den Kapitalmarkt.

„Die Kursgewinnsteuer hat klare Nachteile für den Kunden“, so Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank Oesterreich, „Verluste können erst zum nächsten Jahr über die Steuererklärung geltend gemacht werden, während Gewinne sofort besteuert werden. Mit diesem Steuer-Modell werden keine Spekulanten bestraft, sondern langfristige Fondssparer getroffen, die eigenverantwortlich für ihre Pension vorsorgen oder aber endfällige, für Wohnzwecke aufgenommene Kredit zurückbezahlen.“ Vor allem Fremdwährungskredite sind meistens endfällig und über Fondssparpläne (Tilgungsträger) refinanziert. „Die neue Steuer belastet damit jenen Teil der Bevölkerung, der durch die Kreditaufnahme die heimische Wirtschaft in den letzten Jahren durch Investitionen massiv gefördert hat“, so Uher. 42 Prozent aller Österreicher haben sich laut Umfrage für eine Ausnahme von der Kursgewinnsteuer für Fremdwährungskreditnehmer ausgesprochen (Grafik 2).

Der Chefanalyst der Erste Group Fritz Mostböck erwartet durch die Steuer auch negative Auswirkungen auf den Kapitalmarkt: „Ein wesentlicher Finanzierungsmotor der Wirtschaft wird damit zum Stottern gebracht“. Mostböck argumentiert, dass Kapitalmarkttransaktionen insgesamt an Attraktivität verlieren würden. Er erwartet Abwanderungen in andere Veranlagungsformen oder in andere Märkte.

Insgesamt sprechen sich mehr als ein Drittel der österreichischen Bevölkerung (35 Prozent) gegen die Kursgewinnsteuer aus, 26 Prozent sind dafür, 24 Prozent ist sie „egal“ und 14 Prozent machen keine Angabe (Grafik 3). Erste Bank und Sparkassen vermuten, dass vor allem Langfristparer gegen die Steuer in dieser Form sind.

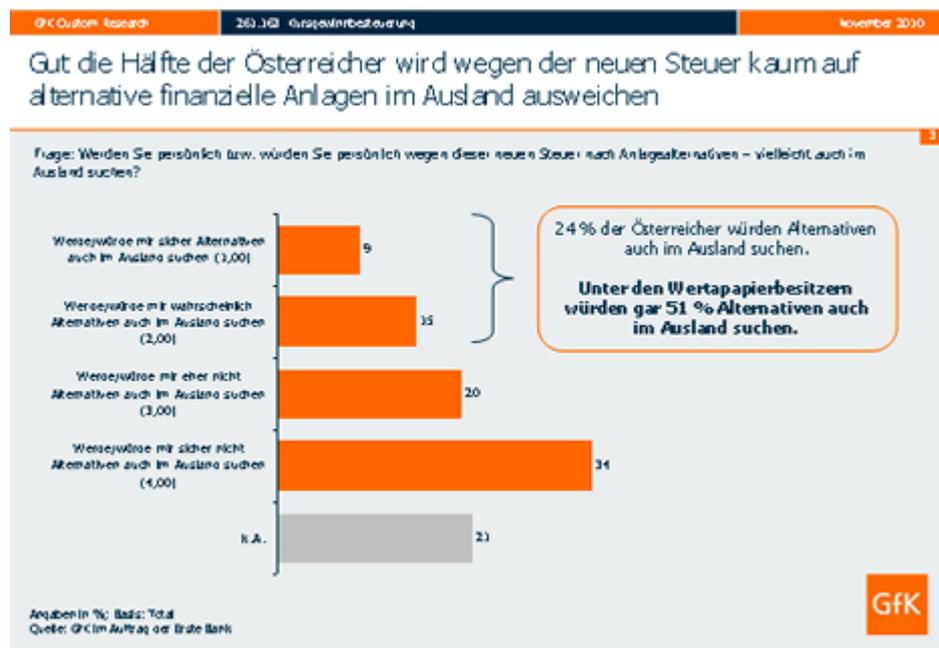
Auch Michael Ikrath, Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes stößt in das selbe Horn: „Wir bemühen uns nun seit Jahren, die Menschen und unsere Kunden für den Aufbau einer dritten Säule der Altersvorsorge zu gewinnen. Das Fondssparen stellt hiezu eine von unseren Kunden besonders geschätzte Möglichkeit dar. Mit dieser Steuer, mit der die Anleger praktisch bestraft werden sollen, stellen wir das alles wieder in Frage. Auch ist es völlig unverständlich, dass von der Bundesregierung die Bereitschaft Eigenkapital in die heimische Wirtschaft zu investieren, pauschal als Spekulation abgetan wird. Insgesamt trifft diese Steuer in keiner Weise die sogenannten „Superreichen“ oder die echten Spekulanten, sondern vielmehr mit voller Wucht den Mittelstand und dessen Bemühen, durch langfristige Wertpapieranlagen eine zusätzliche Alters- und Daseinsvorsorge aufzubauen.“

Der Generalsekretär des Sparkassenverbandes fordert deshalb eine Ausnahme für Anleger mit langfristigem Anlagezielen sowie Fremdwährungskreditnehmer. Die Kursgewinnbesteuerung soll so, wie bereits von der heimischen Fondsbranche vorgeschlagen und in Deutschland üblich, erst beim Verkauf eines Wertpapiers auf Anteilsebene schlagend werden. Die einfachste, vernünftigste und auch billigste Variante für alle Teilnehmer wäre natürlich die Ausdehnung der jetzt gültigen Spekulationsfrist auf mehrere Jahre.

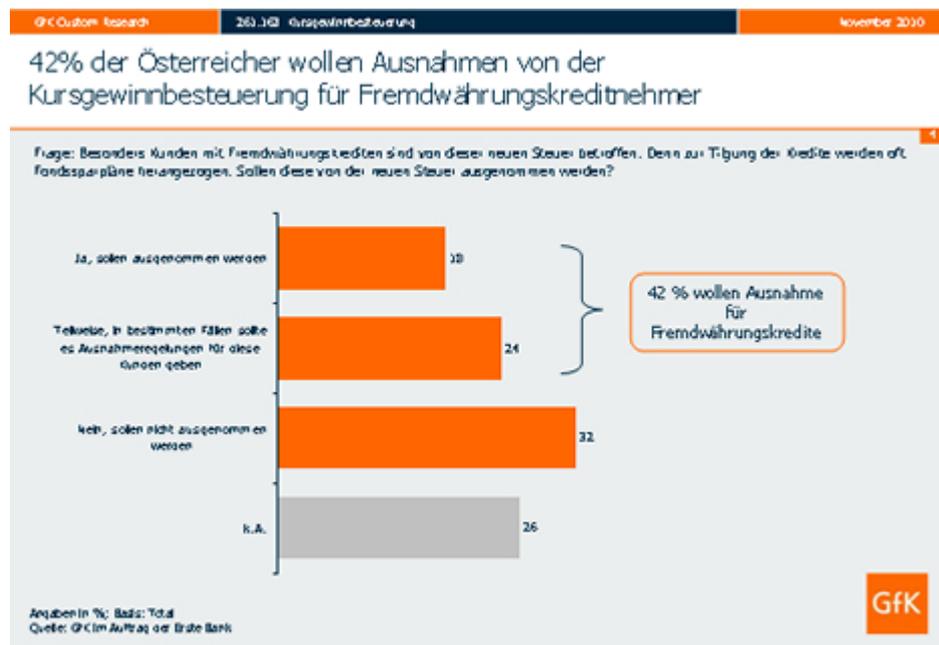
Anlagentipp:

Da finale Details zur Kursgewinnsteuer noch nicht bekannt sind, ist es schwer, konkrete Anlageempfehlungen abzugeben. Ein Tipp, der jedenfalls gilt: Aktien, die bis Ende des Jahres gekauft werden, sind steuerfrei (ausgenommen ist natürlich die einjährige Spekulationsfrist). Fremdwährungskreditnehmern rät die Bank zu einem Gespräch mit einem Berater; die Umstellung vom endfälligen Kredit in einen monatlich tilgenden Kredit könnte allerdings eine gute Lösung sein.

Grafik 1



Grafik 2



Grafik 3

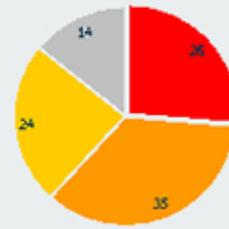
Jeder dritte Österreicher kennt die Kursgewinnbesteuerung bereits 35 % der Österreicher sind gegen die Einführung dieser neuen Steuer

Frage: Wissen Sie, dass Wertpapiere, wie Aktien, Anleihen oder Investmentfonds per 1.1.2011 mit 25% besteuert werden?



ja nein

Frage: Was haben Sie von dieser neuen Steuer? Sind sie persönlich für diese neue Steuer, dagegen oder ist Ihnen diese neue Steuer egal?



bin dafür bin dagegen ist mir egal k.A.

Angaben in %; Basis: Total
Quelle: GfK im Auftrag der Erste Bank

GfK

Grafik 4

Daten zur Untersuchung

Befragungszeitraum 15.11. – 16.11.2010

Grundgesamtheit Bevölkerung mit Internetzugang 15-69 Jahre

Befragungsgebiet Österreich

Befragungsart CAWI – Computer Assisted Web Interviews

Stichprobe n=500

GfK

[Zurück](#)